Münsterländische Volkszeitung

Bezugspreis: Monatlich frei durch unsere Boten ins Haus, sowie von der Geschäftsstelle abgeholt 5.00 Mk., im voraus zahlbar durch die Post frei ins Haus 15 — Mk. vierteljährlich. — Die M. V. erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Druck und Verlag von Joseph Mitmeppen in Rheine. Hauptgeschäftsstelle und Redaktion: Bahnhofstraße 2. Fernsprecher Nr. 852. — Telegramm-Adresse: Volkszeitung Rheine (Westf.) — Postscheckkonto Cöln Nr. 40394. — Postschließfach Rheine Nr. 75. —

Rheiner Volksblatt

Amtlicher Anzeiger für Stadt und Amt Rheine.

Organ der Zentrumspartei.

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 1 mm Raumhöhe 35 Pfg., für Stadt und Amt Rheine: 25 Pfg., behördliche sowie Bank- und Finanzanzeigen 30 Pfg. Reklamen 150 Pfg. Teuerungszuschlag 20 Proz. Anzeigenannahme bis 3 Uhr nachm. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebener Stelle wird keine Garantie übernommen. Für Fehler, welche durch Fernsprecher oder mangelhafte Manuskriptlieferung entstehen, wird nicht gehaftet. Bei zwangsweiser Beitreibung von Gebühren fällt jeder Rabatt fort.

Wöchentliche Beilagen: Für Unterhaltung: „Sonntagslese"; für Landwirtschaft: „Feld und Garten"; für Sport und Jugendpflege: „Jung Rheine„

Nr. ~~258~~ 276 — **Mittwoch, den 30. November 1921** — **Jahrgang 45.**

Auslandsreisen deutscher Finanzmänner

Deutsche Bankiers in Paris?

tu. **Berlin, 29. Nov. Das „Petit Journal" behauptet zu wissen, daß der Berliner Bankier Mendelsson und der Frankfurter Bankier v. Weinberg in diesen Tagen in Paris eingetroffen seien, um den Stinnesplan einer Revision der Reparationszahlungen und einen englisch-amerikanisch-französischen Wiederaufbaukontrakt Rußlands der französischen Regierung vorzuschlagen. Hierzu konnte die B. Z. feststellen, daß der Chef des Berliner Bankhauses Mendelsson nicht nach Paris gereist ist, sondern sich in Berlin befindet. Es könnte sich nur um den Frankfurter Bankier Mendelsson handeln. Von Baron von Weinberg verlautet, daß er mit einer englischen Rothschild verheiratet ist und ausgezeichnete persönliche Beziehungen in Paris besitzt.**

wtb. Berlin, 30. Nov. (Drahtber.) Die „Chicago Tribune" meldet, daß der deutsche Bankier v. Mendelssohn und v. Heimburg aus Frankfurt a. M. in Paris eingetroffen seien. Man erzähle in Paris daß sie mit den französischen Industrie- und Finanzkreisen in Verbindung treten wollen, um die Teilnahme französischen Kapitals bei der Ausbeutung Rußlands in Anspruch zu nehmen. In dieser frühen Morgenstunde ließ sich die Tatsache nicht feststellen, doch ist es nicht unmöglich, daß die Nachricht wahr ist. Gleichzeitig sind bekanntlich Rathenau und Dr. Simons in London eingetroffen. Einer LondonerMeldung des „New York Herald" zufolge erweckte diese Tatsache bei den französischen Diplomaten in London große Unruhe. Man befürchtet weiterhin Mißhelligkeiten mit den Engländern, weil die Franzosen überzeugt sind, daß England einer Stundung der Reparationszahlungen zustimmen wolle, was in Frankreich üble Wirkungen hervorrufen müßte. Ueber den Reisezweck von Rathenau nach London erfährt der Berliner Korrespondent des „Petit Parisien" daß es sich um die Vergebung großer Arbeiten durch England handele, namentlich um den Bau der mesopotamischen Bahn und um die Elektrisierung von Eisenbahnlinien in Indien.

Die Auslandsreise Stinnes'

wtb. **Berlin, 30. Nov. Vor Antritt seiner Reise nach London hatte Stinnes, wie die „Tägliche Rundschau" hört, der Reichsregierung von seiner Absicht Kenntnis gegeben. Dabei hatte er auch dem Reichskanzler wissen lassen daß eine Anregung des englischen Ministerpräsidenten ihn zu seiner Fahrt bestimmt habe. Es verstand sich von selbst, daß eine Fühlungnahme zwischen Stinnes und den maßgebenden Persönlichkeiten des politischen und wirtschaftlichen Englands nur Zweck haben konte, wenn Stinnes als Privatmann, also ohne irgendwelche amtlichen Instruktionen, erscheine. Daher hat die Reichsregierung auch mit vollem Recht und in Uebereinstimmung mit Stinnes irgendeinen offiziösen Charakter der Reise entschieden in Abrede gestellt. Stinnes hatte allerdings der Reichsregierung versprochen daß er sofort nach seiner Rückkehr dem Kanzler über seine Londoner Eindrücke Bericht erstatten werde. Am Sonabend nachmittag hat eine Unterredung zwischen Stinnes und dem Reichskanzler stattgefunden. Herr Stinnes will aus wohlerwogenen Gründen vorläufig noch nicht die Oeffentlichkeit wissen lassen, ob er mit Lloyd George persönlich konferiert habe. Das britische Auswärtige Amt stellt die Unterredung zwar in Abrede, doch will das für den wirklichen Hergang nicht viel besagen. Nach Lage der Dinge darf man vermuten, daß diese wichtige Unterredung doch stattgefunden hat. Allerdings sind die Besprechungen, die Stinnes mit der englischen Hochfinanz geführt hat nicht minder wichtig als die Beratungen mit englischen Regierungskreisen, denn die Unterbringung der Auslandsanleihe der deutschen Industrie wird von den Auffassungen der Londoner Finanzwelt wesentlich abhängen. Ueber diesen Teil seiner Reiseergebnisse wird sich Stinnes in einer Präsidialsitzung des Reichsverbandes der Industrie am Dienstag näher auslassen.**

Die Kreditaktion

TU. **Berlin, 29. Nov.** Heute vormittag trat das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie zusammen, um die Frage der Kreditaktion zu besprechen. An der Sitzung nahm auch Hugo Stinnes teil.

Eine deutsche Note an die Botschafterkonferenz.

wtb. Berlin, 29. Nov. Wie die Telegraphen-Union erfährt, wird innerhalb der Regierung eine Note an die Botschafterkonferenz erwogen, die sich mit der Frage der Entschädigung der deutschen Industrie inden an Polen abgetretenen Gebieten Oberschlesiens befassen soll.

Ein Protest der französischen Regierung.

TU. **Berlin 29. Nov.** Die Telegraphen-Union erfährt, daß der französische Geschäftsträger am Dienstag mitag im Auswärtigen Amt beim Staatssekretär v. Haniel vorsprach und ihm einen Protest der französischen Regierung gegen einen Aufsatz der „Deutschen Tageszeitung" der sich mit der Commission etude sociale beschäftigte, überreicht hat.

Die Lage der Reichsfinanzen

4 Milliarden neue schwebende Schulden!

wtb. **Berlin, 29. Nov.** Das Reich vereinnahmte in der zweiten Novemberdekade an Steuern, Zöllen Abgaben und Gebühren 1 146 493 000 Mark; die Ausgaben beliefen sich auf 5 247 411 000 Mark. Die Betriebsverwaltungen benötigten insgesamt 743 948 000 Mark Zuschüsse und zwar brachte die Post 418 715 000 Mark zur Ablieferung, die Eisenbahn erhielt einen Zuschuß von 1 162 663 000 Mark. Die schwebende Schuld an diskontierten Schatzanweisungen betrug am 10. November 217 062 080 000 Mark. In der Berichtsdekade vermehrte sich die schwebende Schuld um 4 090 200 000 Mk., so daß die schwebende Schuld am 20. November 221 152 280 000 Mark betrug.

England und die Abrüstungskonferenz

wtb. **London, 30. Nov.** (Drahtber.) **Reuter meldet, daß, obwohl Lloyd George begierig ist, nach Washington zu gehen, bis Ende dieser Woche wegen der irischen Frage nichts Bestimmtes gesagt werden kann. England hoffe, daß die Konferenz erfolgreich sei, stehe jedoch auf dem Standpunkt, daß kein Unterschied gemacht werden dürfe zwischen Flotten- und anderer Bewaffnung Der Wiederaufbau der Welt und das finanzielle Gleichgewicht seien abhängig von der Behandlung der Abrüstungsfrage ,einem Problem, das die ganze Welt betrifft. England ist sehr beunruhigt durch die Symptome, die das Weiterbestehen der Unsicherheit und Unruhe voraussehen lassen.**

Erst Reue, dann Zulassung zu den Verhandlungen

tu. **London, 29. Nov. Antwortlich einer Anfrage betreffend die Zulassung Deutschlands zu den jetzigen oder einer künftigen Konferenz sagte Viviani, der Führer der französischen Abordnung in Washington, daß Frankreich zu einem derartigen Vorschlage keine Stellung nehmen könne, bevor nicht Deutschland während einer längeren Periode Reue gezeigt hätte.**

Einigung in der Frage der Flottenabrüstung

tu. **Washington, 29. Nov.** Die Aussichten auf eine Einigung in der Frage der Flottenabrüstung haben sich, soweit Japan in Frage kommt, angeblich gebessert. Weiterhin steht jedoch Italien fest auf dem Standpunkt, daß seine Flotte der Frankreichs gleichkommen müßte. Es wurde ein Beschluß angenommen, nachdem das ausländische Postwesen unter der Bedingung aufgehoben wird, daß die chinesische Regierung einen wirksamen eigenen Postdienst einführt

Keine Herabsetzung der alliierten Amerikaschulden.

TU. **Washington, 29. Nov.** Der amerikanische Finanzminister Mellon dementiert das Gerücht, wanach Amerika daran denke, die Schulden der alliierten Regierungen herabzusetzen.

Die Dauer der Konferenz von Washington

tu. **London, 30. Nov** (Drahtber.) **Der „Daily Mail" wird aus Washington gemeldet, daß die Konferenz von Washington wahrscheinlich nicht vor Weihnachten geschlossen werden wird. Die nächste Sitzung der Konferenz wird erst in etwa 10 Tagen stattfinden. Man glaubt, daß Hughes in der Lage sein wird die Stellungnahme der verschiedenen Delegationen zur Frage der Abrüstung zur See bekannt zu geben.**

Teilstreik der städtischen Angestellten

wtb. **Berlin, 30. Nov.** Gestern morgen sind etwa 500 kaufmännische Angestellte der Elektrizitätswerke und des Osthafens in den Streik getreten. Wider Erwarten haben die technischen Angestellten sich ihnen angeschlossen und heute mittag um 2 Uhr die Arbeit niedergelegt. Infolgedessen ist der Betrieb der elektrischen Straßenbahnen zum Teil lahmgelegt. Zwar fahren noch verschiedene Linien, es ist jedoch damit zu rechnen, daß auch diese im Laufe des Nachmittages den Betrieb einstellen werden. Eine weitere Folge des Streiks dürfte die Einstellung der Lichtversorgung Berlins sein. Der Demobilmachungskommissar hat heute morgen beschlossen, den Schiedsspruch, der am 2. November für die städtischen Angestellten gefällt und abgelehnt worden war, für verbindlich zu erklären. Diese Verbindlichkeitserklärung gibt dem Schiedsspruch für beide Teile rechtsverbindliche Kraft. Demgemäß müßten die Angestellten sofort die Arbeit wieder aufnehmen, wenn sie sich nicht der Gefahr der fristlosen Entlassung aussetzen wollen.

Der Straßenbahnerstreik im Industriegebiet

wtb. **Essen, 30. Nov.** Die Urabstimmung im Straßenbahnerstreik am Sonnabend und Sonntag soll, wie die Streikleitung mitteilt, 189 Stimmen für und 310 gegen den Streik ergeben haben. Aus diesem Ergebnis ergibt sich, daß über 1000 Mann der Belegschaft nicht abgestimmt haben, auch ist nicht ersichtlich, in welcher Form diese Abstimmung stattgefunden hat. Der Wahrheit widerspricht die Mitteilung, daß die christlichen Gewerkschaften wie auch der Metallarbeiterverband sich für die Fortsetzung des Streikes ausgesprochen. Die Führer der Gewerkschaften sind im Gegenteil bemüht den Streik so bald wie möglich durch friedliche Verhandlungen zu beenden .

Die entlarvten Putschverbrecher

Berlin, 30. Nov. (Drahtber.) Der Vorstoß der Kommunisten gegen die Mehrheitssozialdemokraten ist in den letzten Tagen vom „Vorwärts" damit beantwortt worden, daß er bisher geheimgehaltene Berichte über die Urheber des Thüringer Märzputsches, die der Kommunistin Zetkin bei Ueberschreitung der russischen Grenze abgenommen worden sind, veröffentlicht hat. Die Veröffentlichung des „Vorwärts" hat begreiflicherweise großes Aufsehen erregt, sie haben den schlüssigen Beweis erbracht daß die Führer der kommunistischen Partei die Urheber und die verantwortlichen Leiter des Thüringer Märzputsches waren. Bekanntlich hatten die Kommunisten bisher immer abgestritten, daß der Märzputsch ein Werk ihrer Parteileitung sei. Durch die im „Vorwärts" veröffentlichten Berichte ist die Schuld der kommunistischen Parteileitung unzweideutig bewiesen. Bei den Kommunisten hat die Veröffentlichung des „Vorwärts" begreiflicherweise große Bestürzung hervorgerufen. Die „Rote Fahne" tobt und droht zunächst, der „Vorwärts" solle es nur wagen, mit der Veröffentlichung fortzufahren. Der „Vorwärts" hat sich natürlich nicht beirren lassen und hat seine Berichte weiter veröffentlicht. Die „Rote Fahne" weiß sich nunmehr nicht mehr zu helfen, und behauptet urzerhand, daß die Berichte der Führer ihrer Partei unwahr seien. Das hilft ihr aber nichts, denn die Schuld der Eberlein und der übrigen Führer der Kommunisten ist unumstößlich bewiesen. Zu allem Ueberfluß hat auch noch der Komunist Abg. Levi, der bekanntlich von der dritten Moskauer Internationale ausgeschlossen ist und der der Führer der neuen Kommunistischen Partei der Arbeitsgemeinschaft ist, ausdrücklich die Echtheit der vom „Vorwärts" veröffentlichten Berichte bestätigt. Schwer ist auch der Hereinfall der Unabhängigen, die bekanntlich auf den Leim der Kommunisten mit dem von ihnen inszenierten Hungerstreik hereingefallen sind. Die „Freiheit" das Organ der Unabhängigen, schreibt, dann auch sehr ernüchtert: „Jedem Proletarier sollte es aber jetzt klar sein, wie dringend notwendig die Reinigung der Arbeiterbewegung von den Elementen ist, die sich in der Leitung der kommunistischen Partei breit machen. Es kann und darf mit Leuten keine Gemeinschaft geben, die unter dem Deckmantel revolutionärer Aktionsbereitschaft das denkbar frivolste Spiel mit den Interessen der Arbeiterklasse treiben." Das ist so wahr, daß man sich nur wundern kann, wie die Unabhängigen sich trotz der wiederholten Lehren, die sie von dieser Seite empfangen haben, wieder einmal von den Kommunisten haben einfangen lassen. Die Erkenntnis der „Freiheit" kommt etwas spät, aber schließlich immer noch früh genug, um sich endgültig von der Anziehungskraft der Kommunisten zu befreien.

Gegen die Teuerung und den Wucher

der immer mehr überhand nimmt, richten sich eine Reihe von Beschlüssen, die die Reichsregierung am Sonnabend gefaßt hat. Die Reichsregierung ist sich darüber einig, daß zur Bekämpfung der Preistreiberei die bestehenden Gesetze und Verordnungen ausreichen, daß aber eine schärfere Handhabung deren als bisher Platz greifen muß. Gegen Preistreiberei soll nicht nur mit hohen Geldstrafen, sondern auch mit Gefängnis und durch Brandmarkung in der Oeffentlichkeit vorgegangen werden. Auch die absichtliche Zurückhaltung von Waren soll mit gleichen Strafen bedroht werden. Von der Festsetzung von Höchstpreisen hat die Reichsregierung Abstand genommen mit Ausnahme für Kartoffeln. Die Preise für sie sollen in den einzelnen Bezirken von besonderen Kommissionen festgesetzt werden. Auf Grund dieser Bestimmung besteht jetzt die Möglichkeit, gegen die Wucherer und Schieber mit den strengsten Strafen vorzugehen. Allerdings wird man sich überall darüber im klaren sein müssen, daß mit gesetzgeberischen Maßnahmen allein diese traurigen Erscheinungen unserer Zeit nicht bekämpft werden können. Das Publikum selbst hat es in der Hand, seinerseits die Behörden auf das nachdrücklichste in dem Bestreben, den Wucher zu bekämpfen zu unterstützen.

Wiedereintritt der Bayerischen Mittelpartei in die Regierungskoalition

tu. **München, 29. Nov.** In bayerischen politischen Kreisen und in der Presse war in den letzten Tagen vielfach die Rede von der Wiederaufnahme der Bayerischen Mittelpartei, also der Deutschnationalen, in die Regierungskoalition. Jetzt wird bekannt, daß in den letzten Tagen tatsächlich über die Frage Besprechungen zwischen dem Führer der Landtagsfraktion, der bayerischen Volkspartei und dem Führer der Bayerischen Mittelpartei auf den Wunsch des Letzteen stattgefunden haben. Ein greifbares Ergebnis ist bis jetzt noch nicht zu melden. Die Bayerische Volkspartei hat bisher noch keinen Anlaß gehabt, in ihrer Fraktion sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Das Korrespondenzorgan dieser Partei erklärt aber, daß die Wiederbesetzung des bayerischen Justizministerpostens nicht mehr länger hinausgeschoben werden kann. Die Wiederherstellung der bürgerlichen Einheitsfront in Bayern würde nach der Entscheidung der Bayerischen Volksparteikonferenz von allen, welche den festen Zusammenschluß der nichtsozialistischen Parteien als eine erfolgreiche Politik gegenüber den Gefahren eines neuen Umsturzes für ersprießlich halten, begrüßt werden.

Neues aus aller Welt

Schweres Eisenbahnunglück

wtb. **Paris, 29. Nov. Nach einer Meldung aus Brüssel hat gestern ein Eisenbahnzusammenstoß zwischen dem Zuge Antwerpen-Brüssel u. einem anderen Personenzuge auf der Station Duffel zwischen Mecheln und Antwerpen stattgefunden. Fünf Personen wurden getötet und 20 verwundet.**

Rücktransport amerikanischer Truppen

TU. **Paris, 29. Nov.** Wie verlautet, ist ein amerikanisches Truppenkontingent von 600 Mann vom Rhein auf dem Dampfer „Cantigny" in ihre Heimat eingeschifft worden. In den nächsten Tagen folgt ein weiterer Transport von 400 Mann auf dem Dampfer „Cambrai" und anfangs Dezember ein 3. Transport von 1000 Mann.

Abwehrstreik der Kohlenarbeiter in Frankreich.

TU. **Paris, 29. Nov.** Der Verband der französischen Kohlenarbeiter hat beschlossen, am Montag den 12. Dezember in einen Abwehrstreik von 24stündiger Dauer in ganz Frankreich einzutreten, um gegen die Herabsetzung des Lohntarifs und gegen die Besteuerung der Löhne zu protestieren.

Der Börsenverkehr im Dezember.

TU. **Berlin, 29. Nov.** Der Berliner Börsenvorstand legt heute den Verkehr an der hiesigen Börse dahingehend fest, daß in der Woche vom 5. bis 17. Dezember Montag, Mittwoch und Freitag Börsenversammlungen, in der Woche vor Weihnachten Montag und Donnerstag, und in der Woche nach Weihnachten Mittwoch und Freitag Börsenversammlungen stattfinden.

Für deutsches Recht und deutsche Ehre.

TU. **München, 29. Nov.** Anläßlich einer gestern abend stattgefundenen Versamlung der deutschen Arbeitsgemeinschaft für Wahrheit, Recht und Ehre wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen: Die bayrische Staatsregierung wird ersucht, bei der Reichsregierung nachdrücklichst dafür einzutreten, daß unverzüglich

...und Auslands für die Schuldlosigkeit eingeleitet werde. Der bayerische Ministerpräsident spricht sich aus, nämlich wie das schon der bayerische Landtag und die württembergische Regierung gegenüber der Reichsregierung in diesem Sinne vorstellig zu

General Silvester am Leben.

TU. **Madrid**, 29. Nov. Der König von Spanien hat von absolut sicherer Seite vernommen, daß General Silvester lebt.

Gegen den sächsischen Arbeitsminister

tu. **Dresden**, 30. Nov. Die Vereinigung der Arbeitgeberverbände, Landesstelle Sachsen, hat bei der Reichsregierung über eine Verordnung des sächsischen Arbeitsministers, wonach zur Genehmigung von Ueberstunden die Einwilligung der Gewerkschaften notwendig ist, Beschwerde erhoben. Die Landesstelle beantragt die Verordnung für rechtsungültig zu erklären.

Ungarische Truppen auf tschechischem Boden

tu. **Prag**, 29. Nov. Den Blättern zufolge, sind ungarische Truppen in tschechisches Gebiet eingedrungen und haben einige Ortschaften besetzt.

Abstimmung in Oedenburg Mitte Dezember

tu. **Wien**, 29. Nov. Heute wird der Ausschuß für Aeußeres das Protokoll von Venedig ratifizieren. Morgen wird das Plenum des Nationalrates ebenfalls das Protokoll ratifizieren, so daß nunmehr alle Vorbereitungen für die Volksabstimmung in Oedenburg getroffen sein können. Die Abstimmung dürfte Mitte Dezember stattfinden.

Abbruch des Wiener Schauspielerstreiks

tu. **Wien**, 29. Nov. Der Streik der Schauspieler wurde nach langwierigen Verhandlungen heute nach Mitternacht beendet. Von heute an wird an allen Theatern Wiens, in denen gestreikt wurde, wieder gespielt werden.

Eine Straßenbahnfahrt 30 Kronen

tu. **Wien**, 29. Nov. Der Gemeinderat hat gestern die Erhöhung des Preises für die Straßenbahnfahrt auf 30 Kronen für eine Fahrt beschlossen.

Keine Zeitungen in Rom

tu. **Rom**, 28. Nov. Infolge des Buchdruckerstreiks ist keine einzige italienische Zeitung erschienen.

Aus dem Lande der Revolutionen.

TU. **Mexiko**, 28. Nov. Der Präsident von Mexiko hat mitgeteilt, daß in Niederkalifornien eine Revolution ausgebrochen ist.

Aus Stadt und Amt Rheine

Mittwoch, den 30. November 1921.

Kreis-Parteitag
der Zentrumspartei des Kreises Steinfurt

Am Donnerstag, den 8. Dezember, (Mariä Empfängnis,) nachmittags 2,30 Uhr, findet im Ludwigshause zu Burgsteinfurt ein Kreis-Parteitag statt mit folgender Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht;
2. Stellung der Zentrumspartei zu den politischen Fragen, (Reichstagsabgeordneter Dr. Höfle.)
3. Unsere Stellung zu den politischen Parteien, (Generalsekretär Brand-Münster.)
4. Zentrumsjugend und Windthorstbunde, (Dr. Kannengießer-Münster.)
5. Verschiedenes.

Zu dem Parteitage werden alle Parteisangehörigen und besonders die Mitglieder der Kreisvertretung, die Vorstände der Ortsvertretungen, die Vertrauenspersonen und die Zentrumsjugend freundlichst eingeladen.

Die Erhöhung der Gütertarife am 1. Dezember

Ueber die am 1. Dezember bei der Eisenbahn eintretende Erhöhung der Gütertarife herrscht in der Geschäftswelt noch vielfach Unklarheit. Nachdem am 1. November ds. Js. im Güterverkehr eine 30prozentige Tariferhöhung durchgeführt worden, ist inzwischen die Entwertung des deutschen Geldes in einer Weise vorgeschritten, die alle bisherigen Berechnungen über den Haufen geworfen hat. Zur Aufbringung der gewaltigen Mehrausgaben soll eine weitere Tariferhöhung eintreten. Eine dieserhalb mit den Ländern und dem vorläufigen Reichseisenbahnrat zu führende Verhandlung hätte, so sagt das Reichsverkehrsministerium, eine zu lange Zeit in Anspruch genommen, so daß nichts anderes übrig blieb, als die Erhöhung ohne weiteres durchzuführen. Der Reichsverkehrsminister hat daher angeordnet, daß im Güterverkehr vom 1. Dezember ab die Tarifsätze durch einen weiteren allgemeinen Zuschlag von 50 Prozent der seit dem 1. November geltenden Sätze zu erhöhen sind. Ueber weitere voraussichtlich am 1. Februar 1922 in Kraft tretende Tarifmaßnahmen soll dem vorläufigen Reichseisenbahnrat rechtzeitig eine Vorlage zugehen. — Im Personenverkehr tritt am 1. Dezember bekanntlich eine Erhöhung um 30 Prozent ein. Auch hier bleibt eine weitere Erhöhung ab 1. Februar, deren Vorbereitung längere Zeit erfordert, vorbehalten.

Der rheinisch-westfälische Einzelhandel zur Neuregelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe

Der Düsseldorfer [illegible] hat auf seiner am 24. Oktober in Barmen stattgehabten Ausschußsitzung zu diesem Entwurf folgende Stellung genommen: „Die Freigabe von einem Sonntag in jedem Monat für den Geschäftsverkehr, die insbesondere mit Rücksicht auf die ländlichen Bezirke erfolgen soll, reicht nicht aus, um den Bedürfnissen der Geschäftswelt in den besonders auf die Landbevölkerung rechnenden Kleinstädten zu entsprechen. Dagegen erscheint die Freigabe, in der vorgeschlagenen Form für die größeren Städte, die nicht unmittelbar auf die Landkundschaft angewiesen sind, völlig zwecklos, da für diese ein Bedürfnis nach der Richtung, wie sie der Gesetzentwurf vorsieht, nicht besteht. Wir halten deshalb diesen Gedanken des Entwurfs für höchst unglücklich. Auf der anderen Seite aber ist die Herabsetzung der Zahl der Stunden, in denen nach dem Entwurf die Geschäfte geöffnet sein dürfen, auf 48 für die überwiegende Zahl der Orte unseres Bezirks völlig ausreichend. Wenn auf der Grundlage der Herabsetzung der Geschäftsstunden der Entwurf aufgebaut werden soll, so halten wir es für erforderlich, daß nicht durch das Gesetz die Zahl der Sonntage bestimmt wird, sondern vielleicht eine Bestimmung eingeführt wird, wonach die Verteilung der insgesamt zugelassenen Geschäftsstunden auf die einzelnen Sonntage und die Zahl der Sonntage, an denen der Geschäftsverkehr freigegeben werden soll, der höheren Verwaltungsbehörde nach Zustimmung der Handelskammern und der wirtschaftlichen Organisationen des Einzelhandels überlassen bleiben soll. Wir halten es für unbedingt erforderlich, daß diese Einteilung der Geschäftsstunde, gleichmäßig für zusammenhängende Wirtschaftsbezirke erfolgt. Zweckmäßig dürfte es vielleicht sein, wenn man ausnahmsweise einzelner Sonntage innerhalb des Rahmens der zugelassenen Geschäftsstunden auch den örtlichen Verwaltungsbehörden ein Genehmigungsrecht verleihen würde, weil es in der Tat Sonntage gibt, an denen aus alter Gewohnheit her in einzelnen Orten ein sehr reger Geschäftsverkehr besteht, beispielsweise dem Sonntag vor Allerheiligen in vorwiegend katholischen Gegenden, der für andere Gebiete geschäftlich völlig bedeutungslos ist." Diese Stellungnahme wurde dem Einzelhandelsausschuß des „Deutschen Industrie- und Handelstages", der am 9. ds. Mts. zu einer Sitzung zusammengetreten ist, übermittelt.

Die Beteiligung von Laien bei der Rechtsprechung

Der Vertretertag des preußischen Richtervereins der wie wir bereits gemeldet haben in der letzten Novemberwoche in Berlin tagte hat in einem zweiten Beschluß zu der Frage der weiteren Beteiligung des Laienelements bei der Rechtssprechung in Strafsachen Stellung genommen. Die Vorwürfe die zumal in Arbeiterkreisen gegen die Rechtsprechung erhoben werden, beziehen sich fast ausschließlich auf die Rechtsprechung in Strafsachen. Es kann kein Zweifel bestehen daß es im dringenden Interesse des Staates und der Volksgemeinschaft liegt daß die Vorwürfe gegen eine angeblich nicht unparteiische Rechtsprechung in Strafsachen möglichst bald von der Tagesordnung verschwinden. Dabei soll ganz dahingestellt bleiben ob und inwieweit diese Vorwürfe berechtigt sind. Es muß auf jeden Fall mit der Tatsache gerechnet werden, daß die Vorwürfe bestehen und vorhanden sind. Eine Reihe von Mitteln kommen in Frage, um die Vorwürfe zu beseitigen. Neben einer Hinzuziehung aller Kreise insbesondere der Arbeiterkreise bei der Wahl als Schöffen und Geschworene, die der preußische Richterverein, wie bereits an dieser Stelle gemeldet wurde, selbst dringend befürwortet hat, ist als besonders geeignetes Mittel, um das Vertrauen in die Rechtsprechung zu erhalten, die Schaffung von großen Schöffengerichten und Berufungsstrafkammern vorzusehen. In diesen großen Schöffengerichten und Berufungsstrafkammern sollen dauernd Laienvertreter und zwar wie wir hervorheben möchten, auch solche aus den Arbeiterkreisen an der Rechtsprechung beteiligt werden. Der preußische Richterverein hat erfreulicherweise die Notwendigkeit dieser neuen Einrichtungen anerkannt und dazu folgenden Beschluß gefaßt:

„Der preußische Richterverein ist bereit, trotz schwerer finanziellen Bedenken sich dafür einzusetzen, daß bei der angekündigten Berufung in Strafsachen des Laienreglement auch bei der Besetzung der großen Schöffengerichte und der Berufskammern hinzugezogen wird. Eine solche Laienbeteiligung läßt sich aber nur rechtfertigen, wenn die Zahl der rechtsgelehrten Richter drei beträgt, die Zahl der Laienrichter zwei. Die Letzteren würden die Verneinung der Schuldfrage in der Hand haben. Bei einer Besetzung mit drei Berufs- und zwei Laienrichtern könte nötigenfalls dem Laienelement ein größerer Einfluß in der Weise gesichert werden, daß die absolute Mehrheit des § 198 G. V. G. (der Gerichtsverfassungsgesetzes) durch eine Zweidrittelmehrheit ersetzt wird. Der preußische Richterverein hofft, daß dem fast einmütigen Verlangen der Geschworenen, die Beantwortung der Schuldfrage und die Strafzumessung Geschworenen und Berufsrichtern gemeinsam zu überlassen, entsprochen wird."

Dieser Beschluß ist als ein weiteres Zeichen dafür anzusprechen, daß die preußischen Richter selbst gewillt sind, mitzuhelfen, damit das Mißtrauen das nun einmal in weiten Kreisen des Volkes gegen die Rechtsprechung besteht, ausgeräumt und beseitigt werde. Die preußischen Richter wollen aber durch den Beschluß auch zu erkennen geben, daß die Beratungen der Strafgerichte das Licht der Oeffentlichkeit nicht zu scheuen brauchen. Man darf hoffen, daß dieser Beschluß der preußischen Richter dazu beitragen wird, die Spannung zwischen Justizbehörden und Arbeiterschaft zu mildern und zu beseitigen, nach dieser Richtung hin ist er in der heutigen Zeit ganz besonders lebhaft zu begrüßen.

** **Kellerbrand in der Herrenschreiberstraße.** Gestern abend kurz vor 6 Uhr ertönten plötzlich die Alarmsignale der Freiw. Feuerwehr. In dem Hause des Bankiers Beckmann, Herrenschreiberstraße 15, war in den Kellerräumen unweit der Heizung Feuer entstanden. Mit erstaunlicher Schnelligkeit war die Freiwillige Feuerwehr an dem Brandherd erschienen und ging sogleich mit anerkennenswertem Eifer an die Löscharbeit. Es gelang auch, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken und es in kurzer Zeit zu löschen. Der Schaden, den das Feuer angerichtet hat, ist nur gering.

= **Verkauf von Kartoffeln am Bahnhof Rheine.** Heute nachmittag 2 Uhr findet am Bahnhof Verkauf von durch Frost beschädigten Kartoffeln statt. (S. Anz.)

(*) **Anleitung in Schnitt und Pflege der Obstbäume.** Herr Kreisobstbauinspektor Mey kommt heute mittag um 2 Uhr zum Viarrgarten an der Basilika, um Anleitung in Schnitt und Pflege der Obstbäume und der Beerensträucher zu geben. Treffpunkt der Teilnehmer um 2 Uhr an der Basilika. Die Nachricht in der gestrigen Nummer hatte sich irrtümlicherweise um einen Tag verfrüht. — Zur Beteiligung an der Unterweisung sind alle Obstbaumbesitzer, sowie auch alle, die Interesse an Obst- und Beerenpflege haben, willkommen. Anfragen über Behandlung der Bäume werden bereitwilligst beantwortet. Kosten entstehen nicht.

* **Löschprobe in Rheine.** Donnerstagabend 8,15 Uhr findet in der Nähe der Wirtschaft Prax eine Löschprobe mit dem seit 20 Jahren bewährten Minimax-Apparate statt. (S. Anz.)

= **Zum Leutnant ernannt.** Dem ehem. Laz.-Inspektor der früheren Res.-Laz.-Abtlg. (Mathiashospital) Vizefeldwebel d. R. a. D. Joseph Budde von hier, ist der Charakter als Leutnant verliehen worden.

:: **300 Gramm Zucker pro Kopf der Bevölkerung.** Das Bürgermeisteramt teilt uns mit: Der Stadt sind seitens des Reichs nochmals 300 Gramm Zucker pro Kopf der Bevölkerung überwiesen worden. Der Zucker soll in den nächsten Tagen eintreffen und wird sodann sofort zur Verteilung kommen.

*) **Generalversammlung der „Deutschen Jugendkraft" in Rheine.** Es wird hiermit nochmals an die heute abend um 8,30 Uhr im Gesellenhause stattfindende Generalversammlung der „Deutschen Jugendkraft" erinnert, zu der die Herren Präsides, die Vorstandesmitglieder und die Abteilungsleiter der einzelnen Vereine dringend eingeladen werden. Turner, Sportler und Wanderer, welche Mitglieder der DJK. werden wollen, sind ebenfalls herzlichst willkommen. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Ehrenpflicht.

** **Interessanter Vortrag im Gesellenhause.** Heute abend spricht um 8,30 Uhr im kleinen Saale des Gesellenhauses der Pallotinerpater H. Strodtkötter über das interessante Thema „Der Geheimbund der Freimaurerei in seiner Beziehung zum Handwerk, zur Politik und zur Religion." Freunde und Gönner des Handwerkes sind freundlichst eingeladen.

* **Lichtbildervortrag über die Reichsverfassung im Gesellenhause zu Rheine.** Dem „Diskussionsabend" des kathol. Gesellenvereins ist es gelungen, den stud. rer. pol. Freiherr v. Oer für einen Lichtbildervortrag über die Reichsverfassung zu gewinnen. Es ist ein neuer Gedanke, bei Vorträgen über bürgerkundliche Themen das Lichtbild zu Hilfe zu nehmen. Gerade bei der Reichsverfassung ist diese Veranschaulichung in vorzüglicher Weise gelungen, sodaß uns ein belehrender und genußreicher Abend bevorsteht. Es sind nicht nur die Teilnehmer des Diskussionsabends eingeladen, sondern auch alle Mitglieder und Ehrenmitglieder des Gesellenvereins, des Meisterbundes und jeder Freund der Kolpingssache. Der Vortrag beginnt 8,30 Uhr, Eintrittsgeld wird nicht erhoben.

** **Die Zeitungen werden teurer.** Der Verein großstädtischer Zeitungsverleger wendet sich in einer Erklärung an die Leser, in der er betont, daß die gegenwärtige außerordentliche Teuerungswelle auch die Zeitungsverleger zu einer allgemeiner Erhöhung ihrer Bezugspreise gezwungen habe, der leider in absehbarer Zeit neue folgen müßten, falls die für Anfang nächsten Jahres neu zu erwartenden erheblichen Steigerungen der Gehälter, Löhne, Rohmaterialien, insbesondere der Papierpreise und der Postgebühren Tatsache werden würden.

* **Hilft das Reich den Gemeinden?** In der Stadtverordnetenversammlung zu Elberfeld wurde seitens des Magistrats die Mitteilung gemacht: Von Berlin aus sei die Nachricht eingegangen, daß in der nächsten Zeit bestimmte Ueberweisungen an die Gemeinden erfolgen werden. Allerdings wird es sich dabei wohl nur um Vorschüsse handeln.

*) **Zum Ausverkauf an Ausländer** wird uns von zuständiger Seite geschrieben: Der Kleinhandelsverkauf an Ausländer ist nunmehr in verschiedenen Provinzen und Bundesstaaten durch Polizeiverordnungen eingeschränkt worden. Die genaue Befolgung der Polizeiverordnung ist eine selbstverständliche vaterländische Pflicht der Gewerbetreibenden. Für die hoffentlich wenig zahlreichen Fälle, in denen Gewerbetreibende etwa nicht aus sich selbst dieser Pflicht genügen, wird darauf hingewiesen, daß die zuständigen Behörden angewiesen sind, die Befolgung der Polizeiverordnung aufs schärfste zu überwachen, und daß Zuwiderhandelnde nicht nur die Verhängung der dort angedrohten Geldstrafen, sondern die viel empfindlichere Entziehung des Reichskanzlers zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. September 1915 (R.-G.Bl. S. 603) zu gewärtigen haben.

Provinznachrichten.

)(**Burgsteinfurt**, 29. Nov. **Verhaftung eines Mörders.** In einer Wirtschaft in Waltrup bei Altenberge wurde ein verdächtiger Mann verhaftet, der von umherziehenden Korbmachern bezichtigt wird, in Pavenburg zwei Frauen ermordet zu haben.

)(**Ibbenbüren**, 29. Nov. **Vor dem Schwurgericht** in Münster kam dieser Tage eine Anklage wegen versuchten Straßenraubes zur Verhandlung, der dem 24jährigen Arbeiter Josef J. und dem 25jährigen Bergmann Otto W., beide von hier, zur Last gelegt wird. In der gleichen Angelegenheit wurde während der letzten Schwurgerichtstagung im September bereits gegen die Angeklagten verhandelt. Wie noch in Erinnerung sein dürfte, handelt es sich in der Anklage um den Raubüberfall, der am Abend des 9. Mai ds. Js. in Ibbenbüren auf den Lengericher Bahnhofswirt Osterkamp verübt wurde. Der Ueberfallene hat keinen Schaden erlitten, da die beiden Personen, die ihn überfallen haben sollen, nicht in den Besitz der Brieftasche, die etwa 2500 Mark enthielt, gelangten. Er hat auch keinen Strafantrag gestellt, dieser ist vielmehr von den Landjägern des Ortes ausgegangen, die von dem Ueberfall erfuhren. Wie in der vorigen Sitzung bestreiten die Angeklagten auch heute jede Schuld. Die Verhandlung gestaltete sich ziemlich schwierig, da der Alkohol anscheinend bei der Tat eine große Rolle gespielt hat. Die Geschworenen sprachen J. des versuchten Straßenraubs schuldig, billigten aber mildernde Umstände zu. Das Urteil lautete gegen ihn auf 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft. W. wurde freigesprochen.

() **Münster**, 28. Nov. **Eine diebische Stundenfrau** entwendete in einem Hause der Erphofstraße im letzten Vierteljahr Kleidungsstücke und Schmucksachen im Werte von 20 000 Mark. Sie wurde von der Polizei festgenommen.

)(**Münster**, 29. Nov. **Vereitelter Fluchtversuch der Erkenschwicker Raubmörder.** Durch die Entlarvung eines Gefangenenaufsehers in Münster und seine spätere Festnahme durch die Berliner Kriminalpolizei in Treptow ist ein von den zum Tode verurteilten Erkenschwicker Raubmördern geplanter Fluchtversuch vereitelt worden. Der verhaftete Aufseher ist ein 22jähriger früherer Elektrotechniker Rudolf Salzius, der vom Arbeitsnachweis in Münster eine Stellung als Hilfsaufseher im Gefängnis erhielt. So kam er in Verbindung mit den Raubmördern. Er ließ sich bestechen und besorgte Kassiber. Er hatte den Gefangenen bereits Kleidungsstücke verschafft, welche zur Ausführung der Flucht dienen sollten. Er erhielt dann den Auftrag, nach Berlin zu fahren, um das in Treptow, Baumschulenweg, vergrabene Geld zu holen. Unterdessen wurde er in Münster als ungetreuer Beamter entlarvt. Die Gefängnisdirektion benachrichtigte die Berliner Kriminalpolizei. Kriminaloberwachtmeister Wusch nahm mit seinen Beamten die Ermittlung auf. Man entdeckte Salzius bei seinem Bruder, wo er sich unter dem Bett versteckt hatte. Bei dem Verhafteten fand man Kassiber mit einer Skizze zur Auffindung des vergrabenen Geldes, die so genau war, daß die Kriminalpolizisten mit Hilfe eines Zeichens auf einem Brückengeländer die Stelle fanden. Nachgrabungen förderten bisher nur sechs leere Blechbüchsen zutage.

)(**Münster**, 28. Nov. **Belohnte Ehrlichkeit.** Ein hiesiger Handwerksmeister fand vor kurzem auf der Ludgeristraße eine Brieftasche mit 6000 Mark. Laut beiliegender Adresse hatte sie eine Landwirtsfrau aus der Umgegend verloren. Sie erhielt die Brieftasche zurück. Der ehrliche Finder erhielt nun als Belohnung zwei Zentner Kartoffeln und einen Sack Weizenmehl, nachdem er eine Belohnung in Geld abgelehnt hatte.

)(**Dortmund**, 28. Nov. **Holländische Warenschieber.** Auf dem hiesigen Bahnhof wurde ein Holländer von Beamten des Zollkommissariats Münster und der hiesigen Bahnhofswache angehalten, weil er im Verdacht stand, Warenschiebungen nach dem Ausland vorzunehmen. Für 40 000 Mark Kleider- und Wäschestücke wurden beschlagnahmt und sichergestellt.

Turnen und Sport

Sportvereinigung 2 Coesfeld gegen Sp. Cl. Preußen Bentlage 4:4 (0:3)

Obiges Spiel wurde in Coesfeld ausgetragen. Zuerst leichtes Geplänkel zwischen den beiden Läuferreihen. Die Preußen, auf dem harten, glatten Boden nicht zu spielen gewohnt, können das eingetrainte Flachspiel nicht vorführen und suchen nach Möglichkeit sich dem Hochspiel des Platzvereins anzupassen, was aber die Läuferreihe sehr unsicher arbeiten läßt. Doch sind die Preußen etwas im Vorteil. Ueberraschend können sie bereits in den ersten 10 Minuten kurz nacheinander zweimal einsenden. Jetzt haben sich auch die Sportvereinler gefunden und setzen gefährliche Angriffe ein. Sportverein gestaltet das Spiel überlegen. Aber der Sturm kann die Vorlagen nicht verwerten, ist vor dem Tor nicht entschlossen genug. Einige Schüsse werden vom Torwart gehalten. Nach und nach arbeiten sich die Preußen wieder los und kommen noch einmal zum Erfolg. Mit 3:0 für Bentlage geht es in die Halbzeit.

Nach Wiederanstoß lassen die Preußen nach, so daß Sportvereinigung etwas mehr vom Spiel hat, ohne jedoch vorerst zum Gegentor zu kommen. Erst nach einer Viertelstunde bringt ihnen ein Durchbruch den längst verdienten ersten Erfolg, dem bald darauf durch unhaltbaren Schuß der zweite folgt. Die Preußen suchen nun ihren Vorsprung zu vergrößern, können aber nichts erreichen, dagegen erzielt der Platzverein aus einem Gedränge heraus ein drittes Tor und bringt somit den Stand auf 3:3.

Jetzt wird das Spiel unnötig scharf, ohne daß dieses vom Schiedsrichter unterbunden wird. Es wird hart um die Entscheidung gekämpft. Noch einmal muß Sportvereins-Torwächter den Ball aus dem Netz holen. Preußen wähnt bereits das Spiel für sich gewonnen, doch der Gegner kann noch durch ein glattes Abseitstor den Rückstand aufheben.

Sitzung des Finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates.

Bericht der Sachverständigen-Kommission der Rentmeisterverbände am 20., 21. und 22. Okt. im Herrenhause

Die Sitzung wurde am 20. Oktober vormittags 10 Uhr vom Vorsitzenden des Finanzpolitischen Ausschusses, Bernard, eröffnet.

Derselbe wies zunächst auf den Zweck und die Bedeutung der Verhandlungen hin und betonte besonders, daß es darauf ankomme, durch eine **gründliche Aussprache die Unzulänglichkeiten und Schäden im Steuerveranlagungs- und Hebewesen festzustellen und Mittel und Wege zu finden,** wie dem abzuhelfen sei und wie nötigenfalls unter Mitwirkung der Gemeinden vor allem eine schnellere Durchführung der Veranlagung und der Erhebung der Reichssteuern möglich sei. Er bitte aber mit Rücksicht au die große Zahl der geladenen Sachverständigen zwar um eingehende, aber um möglichst kurze Referate.

Alsdann erteilte er dem Minister a. D. Dr. Scholz als erstem Referenten das Wort.

Dieser **wirft die Frage auf: Ist das Reich in der Lage, die Steuerhebung völlig selbständig und ohne Mitwirkung der Gemeinden durchzuführen?** und kommt zu einem **bedingten „Nein“.** In längeren Ausführungen weist er nach, daß nicht die heutige Zentralisation der Finanzverwaltung fruchtbringend auf die Veranlagung und Erhebung der gesamten Reichssteuern wirken könne, daß dieses im Gegenteil nur für die Substanzsteuern anzunehmen sei. Bei den Ertragssteuern werde dieser Zweck zweifellos durch Dezentralisation erreicht und zwar infolge eines geschulteren Personals und dessen Personalkenntnis in den Veranlagungsbezirken. Er könn, wenn die Reichsfinanzverwaltung sich nicht entschließe, die Gemeinden weitgehend mit der Veranlagung und Erhebung zu betrauen, nur zu einem Kompromiß raten dahingehend, daß die Substanzsteuern bei den Finanzämtern, die Ertragssteuern bei den Gemeinden verbleiben.

Seine persönliche Ansicht wäre, daß alle Reichssteuern **bei den Gemeinden verbleiben müßten,** da es nur vom Vorteile sei, wenn Veranlagung und Erhebung bei denselben Behörden und zwar in kleinerem Umfange (Gemeinden) erfolge.

Betreffs der Lohnsteuer stellte er sich auf den Standpunkt, **daß das Verfahren,** wie es heute vorgesehen sei, undurchführbar sei, wenn nicht die Gemeinden mit der Erhebung betraut und zu **herangezogen** würden.

Es sei auch der Gedanke, Steuersyndikate zu bilden aufgetaucht. Er müsse sagen, daß er persönlich im Prinzip Freund des Gedankens sei, aus praktischen Gründen aber nicht.

Nachdem noch einige Fragen des Vorsitzenden und eines Ausschußmitgliedes beantwortet sind, erhält als zweiter Referent Bürgermeister Scholz das Wort.

Er schließt sich seinem Vorredner voll und ganz an und geht noch besonders auf die Verschiedenheit der Verhältnisse in Süd- und Norddeutschland ein, wobei er zu dem Schluß kommt, daß für Norddeutschland eine Aenderung der bisherigen Vorschriften zwecks Dezentralisaton geboten sei.

Alsdann geht er zu den einzelnen Punkten des Fragebogens über.

Zu 1 und b. Bezüglich der Veranlagung der Reichssteuern durch die Finanzämter und Heranziehung der Gemeinden herrsche vollständige Verschiedenheit.

Zu 1 c. werde die Mitarbeit der Gemeinden unterschätzt. Die Mitarbeit der Gemeinden beschränke sich z. Zt. auf die Personenstandsaufnahme, Aufstellung der Personenverzeichnisse und der Steuerlisten.

Zu sei die verspätete Veranlagung auf die Untetigkeit in Steuergesetzgebung zurückzuführen. **Seit 1913 seien nicht weniger als 24 Steuergesetze erlassen, davon 18 seit 1918, die sämtlich von der Beamtenschaft zu verdauen seien.** Der Umstand, daß bei vielen Gesetzen die Ausführungsbestimmungen lange Zeit auf sich hätten warten lassen, daß vielfach während der Veranlagung Novellen zu den Gesetz erlassen und einschneidende Aenderungen eingetreten seien, habe wahrlich nicht zu einer Förderung der Veranlagungsarbeiten beigetragen.

Zu 6 habe bisher Berlin die Grunderwerbs- und Umsatzsteuer veranlagt und erhoben. Er wünsche auch Uebertragung und Kontrolle der Lohnsteuer. Eine vorübergehende Uebertragung müsse er verneinen.

Zu 7 seien bei Beibehaltung der Zentralisation keine Verbesserungsvorschläge zu machen, nur Dezentralisation sei eine Verbesserung.

Zu 9 betr. Veranlagung durch gewerbliche und landwirtschaftliche Selbstverwaltungsorgane oder Steuergesellschaften steht er auf ablehnendem Standpunkte. Dahingegen hält er ein Kompromiß, wie sein Vorredner schon vorgeschlagen, Veranlagung der Substanzsteuern durch die Finanzämter, der Ertragssteuern durch die Gemeinden für fördernd und zweckmäßig.

Zu b bezüglich der Erhebung stellt er sich auf den Standpunkt, daß diese den Gemeinden zu belassen sei.

Darauf nahm Staatssekretär Dr. Zapf das Wort und begrüßte die heutige Aussprache seitens der Reichsregierung. Er führte dann weiter aus, daß die Verzögerung in der Veranlagung nicht bei der Verwaltung, sondern bei der Steuergesetzgebung zu suchen sei. Die vielen nachträglichen Aenderungen seien häufig hemmend auf den Fortgang der Arbeiten gewesen. Er könne aber die Versicherung abgeben, daß die Einkommensteuer-Veranlagung so rasch wie möglich zu Ende geführt werde. Den Landesfinanzämtern sei hierzu schon Anweisung zugegangen.

Bezüglich der Organisation stehe er auf dem Standpunkt, das durch Uebertragung der Arbeiten auf die Gemeinden eine größere Dezentralisation nicht zu erreichen sei.

Dann wird noch von einer Seite Mitteilung gemacht von einer Eingabe der Zollbeamten in der die Aufhebung der Landesfinanzämter gefordert wurde. Auch dieser Herr trat für eine Dezentralisation ein.

Das Ausschußmitglied, Abgeordneter Dr. Häckel, wünschte dann von dem Vertreter des Reichsfinanzministeriums eine Aeußerung über die Kosten der Veranlagung und Erhebung, ferner wie stark der Beamten apperat sei und welche Kosten die Reichsfinanzverwaltung heute verschlinge.

Damit waren di Verhandlungen des ersten Tages beendet und wurde die Sitzung auf den nächsten Tag 10 Uhr vormittags vertagt.

Am 21. Oktober vormittags 10 Uhr wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Zunächst verlas der Vorsitzende einen Brief des Reichsfinanzministers, in dem dieser die Vernehmung seiner Beamten als Sachverständige ablehnte. Es wurde hierzu noch kurz Stellung genommen und dann in die Fortsetzung der Vernehmungen eingetreten.

Das Wort dazu erhielt Professor Dr. Bühler Münster. Er glaubt nicht daran denken zu können, die Veranlagung den Gemeinden ganz zu übertragen, die endgültige Festsetzung der Steuern müsse bei den Finanzämtern bleiben. Dahingegen sei aber doch eine Mitwirkung der Gemeinden nach Art der früheren Voreinschätzung zu empfehlen. Er wies darauf hin, daß die Bürgermeister und Amtmänner praktisch gut geschulte und vielfach akademisch gebildete Leute seien, die bei Auslegung des Kommunalabgabengesetzes sich einen gesunden Sinn bewahrt hätten.

Auf den Fragebogen eingehend, hielt er die Heranziehung der Katasterämter nicht empfehlenswert. Die Veranlagung durch gewerbliche Selbstverwaltungsorgane hält er in gewissen Fällen, wie bei der Tabaksteuer und Zündholzsteuer wohl für möglich.

Abgeordneter Mislaff fragt den Referenten über Aufbau und Nutzeffekt der Steuern.

Dr. Bühler bedauert, daß bei Steuerfragen erfahrene Beamte nicht zu entscheidenden Sitzungen herangezogen werden, dafür aber unerfahrene Assessoren.

Ein Oberregierungsrat als Regierungsvertreter äußert sich dahin, daß die Lage im Veranlagungswesen nicht so schlecht sei, wie vielfach angegeben. Die Einkommensteuer-Veranlagung für 1920 werde voraussichtlich Ende des Jahres, höchstens im Frühjahr 1922 beendet sein. Gründe der Verzögerung seien aber in der Gesetzgebung und deren eigenartigen Verhältnissen zu suchen. Die Organisation trage hieran keine Schu , denn die Finanzbehörden verfügten über durchweg geschultes Personal, welches von den früheren staatlichen Steuerbehörden übernommen sei.

Oberregierungsrat Böhnecke beantwortet dann die Anfrage des Abgeordneten Dr. Häckel nach den Kosten der Veranlagung, daß er Angaben für das ganze Reich nicht machen könne, daß aber in Berlin 2675 Beamte und Angestellte bei der Reichssteuerbehörde tätig seinen und daß die Kosten auf 49 000 000 Mark zu schätzen

Darnach referiert Hussendörfer — München, der in sehr langen Ausführungen den süddeutschen Standpunkt vertritt, daß die werden müsse, daß dieses aber nicht maßgebend sein könne, für alle werden müsse, daß dieses aber nicht maßgebend sein könne, für alle Teile des Reiches, daß vielmehr individuell vorgegangen werden müsse unter Berücksichtigung der Gewohnheiten und der Art der Bevölkerung. Für Bayern könne er das Verfahren nur empfehlen und fordere er daher Ausschaltung der Gemeinden.

Oberregierungsrat Ringelmann vom Bayerischen Finanzministerium antwortet darauf und weist einige Angriffe auf die Organisation der Bayrischen Finanzämter zurück. Er tritt dann aber ebenfalls für Beibehaltung des zentralisierten Systems in Süddeutschland ein und betont ebenfalls, daß dieser nicht für alle Teile des Reiches maßgebend zu sein brauche.

Die Sitzung wird dann bis zum Nachmittag unterbrochen.

Bei Wiedereröffnung referiert Dr. Hausmann. Er sagt, die heutige Situation ist verfahren und fragt weiter: woran liegt die Schuld? — Er beantwortet die Frage dahin, daß die Luxussteuern in ihrer heutigen Form nicht durchführbar seien, daß man überall die klaren Richtlinien der früheren Steuergesetzgebung vermisse im Gegensatz zum heutigen spitzfindigen Gesetz. Man sei zu zu hastig vorgegangen, anstatt die Steuerverwaltung sich richtig entwickeln zu lassen, bis daß die Finanzämter in die Lage gekommen seien, die Arbeit zu schaffen. Für die Uebergangszeit müsse man sich fragen, wieweit Hilfskräfte heranzuziehen seien. Man müsse eben die Finanzämter sich allmählich hineinwachsen lassen. Steuergemeinschaften seien nicht zu empfehlen.

Er kommt zu dem Schlusse daß die Umsatzsteuer nur für die Uebergangszeit, **Einkommen- und Grunderwerbssteuer den Gemeinden dauernd zu übertragen seien.** Auch sollten dafür nicht zu **geringe Vergütung gewährt werden.**

Nachdem noch einige Fragen gestellt und beantwortet sind, erhält der **Gemeinderentmeister Fabricius das Wort.**

Er führte zunächst [illegible] eigene Steuerveranlagung fort[illegible] die bisherigen Arbeiten der Lan[illegible]ten Dienststellen eingestellt gewesen wären, [illegible] machten Erfahrungen, diese Absicht dem Reich[illegible]lich gewesen sei. Die Finanzämter erstickten in [illegible] ihnen bei der Größe der Finanzamtsbezirke [illegible] der Beamten unmöglich eine rechtzeitige und richtige [illegible] durchzuführen. Infolgedessen sei die Veranlagung für 1920 noch nirgendwo beendet und nach dem Fortschritt des Veranlagungsgeschäftes müßte mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die Veranlagungsergebnisse von 1920 erst im März 1922 oder noch später zur Erhebung der Steuern führen werde. Hierdurch würden viele Milliarden Steuern dem Reiche auf viele Monate vorenthalten und die Tatsache daß ein ganz erheblicher Teil überhaupt uneinziehbar bliebe, also der Reichskasse verloren ging, wäre noch viel schlimmer zu bewerten. Dieser unhaltbare Zustand dürfte in ursächlichem Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Antrage des Reichswirtschaftsrates stehen, der Vorschläge fordere für eine Reform der Organisation der Steuerbehörden, insbesondere unter Beleuchtung der Zweckmäßigkeitsfrage zur Heranziehung der Länder, Gemeinden und Selbstverwaltungskörper bei der **Veranlagung und Erhebung.**

Als Sachverständiger aus dem Kreise der Steuererhebungsbeamten aus Rheinland und Westfalen, so führte Redner weiter aus, würde er seine Ausführungen in der Hauptsache auf die Vereinfachung des Erhebungsdienstes beschränken und das Veranlagungsgeschäft nur insoweit streifen, als es erforderlich erscheine und dann würden seine Ausführungen nur im Rahmen der ganz besonders gearteten und eigenartig gelagerten Verhältnisse der beiden westlichen Industrieprovinzen aufzunehmen sein. Dem Steuererhebungsgeschäfte würde in der Tat viel zu wenig Beachtung geschenkt; eine solch vorzügliche Gesetzgebungsmaschine, ein noch so ausgezeichnetes Steuerveranlagungsgeschäft müßte versagen, wenn der Erhebungsorganismus nicht in allen Teilen gut funktioniere Und ies könne diese Organisation unmöglich. Im Interesse einer richtigen und ausgiebigen Erfassung aller Steuereinnahmequellen und einer restlosen und rascheren Steuererhebung müsse er sich unbedingt und grundsätzlich zu dem Standpunkte bekennen, daß zum Nutzen des Reichs auf die Mitwirkung der Gemeindeorgane nicht verzichtet werden könne.

Gleich nach Bekanntwerden des Entwurfs der Reichsabgabenordnung und des Planes der Zentralisierung des Steuerwesens hätten sich die Verbände der Stadt- und Gemeinderentmeister von Rheinland und Westfalen mit der Frage der künftigen Erfassung und Erhebung der Reichssteuern und der Mitwirkung der Gemeinden und Gemeindesteuerbeamt befaßt aus der Erkenntnis heraus, daß die Reichsfinanzverwaltung der tätigen Mitwirkung der Gemeindeorgane nicht entbehren könne. Sie hätten dann im Mai 1920 durch eine Abordnung dem Herrn Reichsminister der Finanzen Vortrag in diesem Sinn gehalten und in seinem Auftrage mit den Ministerialbeamten der Abteilungen 3 und 4 verhandelt. Ihre Vorschläge, die eine schnellere Veranlagung und Erheung der Reichseinkommensteuer besonders gewährleistet, wären zwar gehört, auch in ihrer Gesamtheit als gut anerkannt, aber dennoch nicht beachtet worden. Die Folge sei der heutige unhaltbare Zustand im Reichssteuerwesen.

(Fortsetzung folgt).

Handelsnachrichten.

Kursbericht

Mitgeteilt von der

Osnabrücker Bank, Zweiganstalt Rheine.

Devisenkurse.

Berlin, den 29. November 1921.

	vor. Kurs	Kurs vom 29. Nov.	Höchste bish. Gr	Friedensstand
Amsterdam Rotterdam	9809.80	9840.15	10610.50	168.75
Antwerpen und Brüssel	1806 85	—	2177.20	—
Kopenhagen, . . .	5084.10	—	5555 55	112.50
London	1096 10	1098 90	1181.20	20.40
New-York	274.78	275 97	310.31	4.20
Paris	192 .95	—	2242 25	81.30
Schweizer Plätze .	5215 35	—	5750.75	21

Rotationsdruck und Verlag von Joseph Altmeppen, Buchdruckerei und Zeitungsverlag. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Schriftleiter Heribert von Borsig, für den Anzeigen- und Reklameteil Joseph Altmeppen. Amtlich in Rheine.

Bei Eintritt höherer Gewalten Papiermangel, Versagen der Lieferungsmittel, wird keine Gewähr für Lieferung geleistet auch nicht für Beilagen bezüglich Platz und Tag der Aufnahme. Rückzahlung der Bezugsgelder wegen ungenügender Lieferung ausgeschlossen. Für Aufbewahrung und Zurückgabe unverlangter Einsendungen wird keine Gewähr übernommen.

Hautröte sowie alle Arten von Hautunreinigkeiten, Hautausschlägen, wie Mitesser, Pickeln, Pusteln usw. verschwinden durch täglichen Gebrauch der echten **Steckenpferd-Teerschwefel-Seife** von Bergmann & Co., Radebeul. Überall zu haben.

†

Das Sechswochen-Seelenamt

für den verstorbenen Ingenieur Herrn

Hermann Luttmer

findet Freitag morgen 8 Uhr in der alten Pfarrkirche statt, wozu freundlichst eingeladen wird.

Kartoffel-Verkauf!

Heute Mittwoch, am Bahnhof, ab 2 Uhr Verkauf von durch Frost beschädigten Kartoffeln. Zentner 52.— Mark.

Verkauf von Margarine.

Am Donnerstag, den 1. Dezember vormittags von 9 Uhr ab, soll im Rathause, Zimmer 7 ein großer Posten guter beschlagnahmter Margarine zum Preise von 23 00 Mark für Marke Alsterrose zum Preise von 24.00 Mark für Marke Meteor, zum Preise von 24,00 Mark für Marke Palmkraft, zum Preise von 30,00 Mark für Marke Vollkomen, nur an Verbraucher in Mengen bis zu 3 Pfund pro Haushaltung gegen Vorzeigung der Lebensmittel-Ausweiskarte, verkauft werden.

Rheine, den 28. November 1921.

Die Polizei-Verwaltung.

Roter

Blusenschoner

auf dem Wege Ludwigstraße bis Hemelterstraße verloren. Gegen Belohnung abzugeben.

Ludwigstr, 3.

Landwirtssohn,

der sich mal in einem anderen Betriebe umsehen will

findet angenehme Stellung

auf einem 160 Morgen großen Gute bei Hörstel i. W.

Ang. unt. W. F. an die Geschäftsstelle.

Schwarzes

Umschlagtuch

gefunden.

Näh. Geschäftsst.

Eine junge

Hündin

zu verkaufen (4 Monate alt) Besichtigung Morgens 8—12 Uhr

Hemelterstr. 19.

Schneiderin sucht n 3öl oder unmöblierte

Zimmer.

Angebote u. A N 1 an die Geschäftsstelle

2—3

Zimmer-Wohnung

gegen einen Laden mit 1 Zimmer sof. im Tausch abzugeben

Ang. unt. R. C. an die Geschäftsstelle.

2½ j. Foxterier

echter **Rattenfänger** und wachsam zu verkaufen.

Suche für sofort ein allen in Hausarbeiten erfahrenes

Mädchen

zur Aushülfe.

Frau Aug. Pohlmann. Grabenstraße.

Leres

Zimmer

mit halber evtl. ganzer Pension zu vermieten

Näh. Geschäftsst

Gut

Wert 1—2 Millionen mit hoh. Anzahlung zu kaufen gesucht, auch kann ein tücht. Landwirt, der uns ein solches als verkäuflich nachweist, nach dem Kauf dasselbe als Pächter oder Verwalter übernehmen Angebote an Gebr. Blum in Goch, Rheinland.

Kaufgesuch!

Diplomatenschreibtisch oder einfachen Tisch. Ang. unt. „Schreibtisch“ an die Geschäftsstelle.

Schäferhund

auf dem Namen Lux hörend, entlaufen. Wiederbringer erhält Belohnung. Vor Ankauf wird gewarnt.

Hans Stehning, Im Coesfeld 9

Guterhaltenes

Schaukelpferd, Tivolie-Laubsägewerk

zu verkaufen oder gegen Puppenwagen umzutauschen

Näh. Geschäftsstelle

Hühnerstellung mit Draht

umzugshalber zu verkaufen.

Bevergernerstr. 48.

Ein Paar neue

Herrenschuhe

Gr 41, da zu klein zu verkaufen.

Datum 66,

Am Waldhügel.



Nienkemper's **Futterwürze** mit Kochsalz und Kräutern ist bei Aufzucht von jeglich. Jungvieh unentbehrlich!

Paket zu 3 und 5 Mk.

Th. Nienkemper, Markt-Drogerie.

Ein hochtragendes rotbuntes

Rind

zu verkaufen.

Südhaff, Altenrheine.

Technikum Lemgo.

Maschinenelektrotechnu, Eisk, Hoch- und Tiefbau. Zach. Neueinlagen Laboratorien

...ebecker

und der

20 000 000 Mk.

Goldfund.

Zu kaufen gesucht

gegen sofortige Kasse

Häler-, Opel- od Wanderer-Zweisitzer

Eilofferten an

Ludger Fleiter, Münster,

Wolbeckerstr. 18.

---

3 junge solide Herren

suchen

möbl. Zimmer

in besserem Hause mit Kochgelegenheit evtl. voller Pension. Altstadt bevorzugt. Angebote unter M. S. an die Geschäftsstelle erbeten.

Jüngerer

Zeichner und Techniker

für unser technisches Büro gesucht.

Maschinenbau Scholz, Komm.-Ges.

Burgsteinfurt.

Margarine-Vertretung.

Eine große rheinische Magarinefabrik sucht für

Burgsteinfurt und Umgeb.

einen tüchtigen und arbeitsfreudigen, bei Kolonialwarenhändlern, Bäckermeistern u. Einkaufsvereinen, gut eingeführten Vertreter. Nur wirklich geeignete Herren, welche über beste Empfehlungen verfügen werden gebeten, Bewerbungen unter Angabe von Referenzen unter R H 20 an die Geschäftsstelle zu senden.

Nehme für

Hausschlachten u. Gewei dereinigen

30 Mk. evtl. mit Wurs ten 50 Mk. Für saubere und sachmännische Arbeit übernehme Garantie.

Ernst Hartmann, Rheine, Schulstr. 6.

Ich kaufe und zahle den höchsten Preis diese Woche in Osnabrück für

Gold Silber Platin

Gegenstände aller Art wie Uhren, Ringe Ketten, Silbermünzen usw.

Infolge günstigen Abschlusses kann ich in dieser Woche nochmals **erhöhte Preise** zahlen. Kommen Sie selbst und verkaufen Sie nicht an Händler. — Fahrgeld wird vergütet.

Edelmetallschmelze H. Dieckmann,

Osnabrück, Neuergraben 5.

Druckſachen liefert schnellstens Buchdruckerei J. Altmeppen



MONOPOL-Trinkbranntweine

„Wacholder" u. „Klarer"

Gewähr für

Güte, Reinheit und genauen **Inhalt**

31 Mark je Flasche **¾** Liter **35%**

Vertrieb für den Bezirk: Kreise Burgsteinfurt, Ahaus, Tecklenburg

Vertriebsstelle „Münsterland" für Monopoltrinkbranntwein,

G. m. b. H., **Münster i. W.,** Grevenerstr. 73.

Zu Weihnachten

Anfertigg. von Puppenperücken zu mäßigen Preisen. Daselbst Ankauf v. ausgekämmten Haaren.

Rudolf Hamers,

Parfümerie und Friseurgeschäft, Salzbergenerstraße 3.

Achtung!

Hausbesitzer, Gutsbesitzer, Landwirte, Geschäftsleute,

Von sehr zahlungsfähigen Kunden sind uns größere Kapitalien an Hand gegeben zum Ankauf von Grundstüken. Wir bitten daher Besitzer, die ihr

Anwesen verkaufen wollen

sich mit uns in Verbdg z. setzen. Unsere Vermittlg. ist für den Käufer **vollkommen kostenlos,** keine Vermittlergebühren, nur der Käufer zahlt die uns gesetzlich zustehenden 2 vCt. Provision. Da wir 5 Vertretungen in Großstädten u. 15 Vertretungen in Provinzstädten unterhalten, können wir Ihnen für einen denkbar schnellsten Umsatz garantieren, auf Grund unseres groß. Kundenkreises u unserer guten Verbindungen

Auskünfte, Gutachten etc werden kostenlos u sehr gerne gegen Rückporto erteilt.

Wir erbitten Angebote, die wir völlig diskret u. streng vertraulich behandeln.

H. Th. Oehmen & Co., G. m. b. H., Münster i. W.,

Paulstr. 15, Telefon 1980, Hamburg, Stettin, Breslau und Coblenz.

— Bettnässen —

Befreiung sofort bettrein Alter und Geschlecht angeben. Auskunft umsonst Vers. san. Art Hg. Engelbrecht, München, E. 341, Kapuziner straße Nr. 9.

„Deutsche Jugendkraft"

Am Mittwoch, den 30. November

General-Versammlung

abends 8.30 Uhr im kath. Gesellenhause.

Tagesordnung:

1. Bericht über den Kreistag in Hagen.
2. Beschlußfassung über Zusammenlegung der Ortsvereine.
3. Neuaufnahmen.
4. Verschiedenes.
5. Geschlossene Sitzung des Ortsausschusses.

Die Vorstandsmitglieder und die Abteilungsleiter der einzelnen Vereine müssen vollzählig zur Stelle sein.

Kalhoff.

Feuer breitet sich nicht aus — Hast Du Minimax im Haus

Minimax!

Anläßlich der Schlußübung der freiw. Feuerwehr Rheine findet in der Nähe der Wirtschaft Prax, hinter der Bahn, am Donnerstag, den 1. Dezember, abends 8¼ Uhr eine **Löschprobe mit dem seit 20 Jahren bekannt. Minimaxapparat statt.**

Alte Gebisse

Zähne bis 80.— Mk. — Gebisse bis 1500 Mk. kaufe ich zu hohen Preisen.

Nur Freitag, den 2. Dezember im Hotel Möllers.

Ankauf von 9 Uhr bis 6 Uhr.

Guterhaltene

Strickmaschine

zu verkaufen.

Robert Schlickmann,

Borghorst, Wildstr. 3.

---

1 brauner und ein Lederanzug

zu verkaufen.

Heidhövelstraße 16, Gellendorf.

Nebenverdienst

für Frauen und Halbinvaliden

Wir suchen zum 1. Dezember für die — — kleine Strecke Gellendorf — —

Zeitungs-Boten (in)

Tägliche Wegestrecke circa 2 Stunden. Nur zuverlässige Personen wollen sich melden. Die Zeitungen müssen um 7 Uhr vormittags abgeholt und ausgetragen werden. — — —

Geschäftsstelle der Münsterländischen Volkszeitung.

Bahnhofstraße Nr. 2.

Pirat

Störtebecker

und der

20 000 000 Mk.

Goldfund.

Freiw. Feuerwehr Rheine

Donnerstag, den 1. Dezbr. abends 8 Uhr Schlußübung verbunden mit Vorführung der Minimax und Total-Apparate.

Antreten der Löschzüge 7¾ Uhr an den einzelnen Spritzenhäusern.

Um vollzähliges Erscheinen wird ersucht.

Das Kommando.

Welte-Mignon

Weltberühmte Reproduktions-Pianos, Flügel und Vorsetl-Apparate

Ueber die vollendete Weise, in der das Spiel der grossen Pianisten durch „Welte-Mignon" wiedergegeben wird, schreibt **Prof. Emil Paur:**

„Das erstaunlich wundervolle Welte-Mignon" erscheint mir als das einzige selbstspielende Instrument das wahrhaft künstlerische Berechtigung beanspruchen darf, für Musikfreunde und Musikstudierende ein unschätzbarer, vielseitiger Lehrmeister."

Die „Welte-Mignon" werden gebaut, als Vorsetzer, oder mit Ibach-, Blüthner-Steinway-Pianos und Flügeln vereinigt. Die einzelnen Modelle führe ich am Lager und bitte ich Interessenten um ihren geschätzten Besuch.

Heinr. Niemann, Münster,

Piano-Haus,

Rothenburg 22. Fernruf 531.

Echt s

Paderborn. Brot

markenfrei, jeden Tag frisch zu haben bei:

Anton Reichel sen.,

Neuen kirchenerstraße.

Erhalte Donnerstag die erste Sendg. prima Nordermeyer

Schellfisch und Cabliau.

Buchdahl, Hügel 6.

Bezahle hohe Preise

für gebrauchte Fahrradgestelle und Teile.

August Vogeler,

Im Coesfeld 9.

Preuß Südd. Lotterie

Ziehung in 5 Klassen, 20. Dez bis 13. Mai 1922. 600 000 Lose, 275 000 Gewinne Lose zu 1/8 1/4 1/2 1/1 jede Kl. Mk. 10 20 40 80 Porto und Liste extra

Felix Hollweg,

Staatl. Lott.-Einnehmer. Annahme von Bestellungen und Abgabe von Losen auch bei N. Meyer, Gellendorf, Rudolfstr. 8

Herr sucht

unmöbliertes

Zimmer

Angebote unter K. D. an die Geschäftsstelle.

Freundlich

möbliertes

Zimmer

mit voller Pension zu vermieten.

Angebote unter G. B. H. an d. Geschäftsstelle.

Sinner **Backpulver** **Liköre** PARA, Curacao, Cherry-Brandy, Vivat (altpreussisch Magen-Likör)

die allgemein beliebten **Qualitäts-Marken!**

...mußten, falls die für An... das E... ein altes